

Haike Meinhardt

Der politische Blick auf die Wissenschaft – Wissenschaftspolitik im Wandel¹

Teil 4 – Die Akteure der Wissenschaftspolitik: die europäische Ebene²

Die heutige europäische Forschungspolitik hat mit ihren bescheidenen Anfängen als gemeinschaftliche Politik (und wissenschaftliche Kooperation) im Bereich der Kohle-, Stahl- und Eisenindustrie, später dann der Industrieforschung mit den ersten Forschungsrahmenprogrammen kaum noch etwas gemein.³ Wenn heute von europäischer Forschungspolitik die Rede ist, steht dahinter ein in Bezug auf Finanzvolumen (das aktuelle Forschungsprogramm ist der drittgrößte Haushaltstitel des EU-Budgets), personelle Ressourcen (etwa 4 Prozent der EU-Kommissionsbeschäftigten), programmatisches Spektrum, Grad an Transnationalität et cetera im globalen Vergleich gewichtiges Politikfeld. Dahinter steht auch ein Akteur – die EU Kommission mit der Generaldirektion Forschung und Innovation –, der sich im Bereich der Forschungspolitik von den EU-Nationen ein Stück weit emanzipiert hat und auf die supraeuropäische Ebene expandiert: Seit 2015 folgen Europäische Kommission und OECD einem gemeinsamen Konzept zur Unterstützung der Forschungs- und Innovationspolitik.⁴

Auch die Intentionen der Forschungspolitik haben sich im Laufe des innereuropäischen Integrationsprozesses verändert. Bis fast zur Jahrtausendwende war die EU-Forschungsförderung gleichzusetzen mit Industrieförderung: das Gros der Gelder floss an Unternehmen der Privatwirtschaft.⁵ Mit der Jahrtausendwende verstärkten sich die Bemühungen, einen europäischen Forschungsraum zu schaffen (European Research Area; ERA). Damit einher ging die Ausweitung auf Kernbereiche der Wissenschaft, nämlich die Grundlagenforschung,

und ein wachsender Einbezug des akademischen Sektors.⁶ Eine besonders positive Rolle spielte dabei der European Research Council (ERC), der mit seiner rein wissenschaftsgeleiteten qualitätsorientierten Förderung von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen hohes Renommee genießt und der dazu beitrug, dass die Forschungspolitik der EU aus Sicht der Wissenschaft deutlich positiver beurteilt wurde. Inzwischen wird auch die Einwerbung eines ERC-Grants bei der indikatorengestützten Bewertung von Forschungsinstituten Bedeutung zugeschrieben.

Wenn heute von europäischer Forschungspolitik die Rede ist, steht dahinter ein in Bezug auf Finanzvolumen, personelle Ressourcen, programmatisches Spektrum, Grad an Transnationalität et cetera im globalen Vergleich gewichtiges Politikfeld.

Erklärtes Ziel ist die Überwindung der fragmentierten europäischen Forschungspolitik durch mehr Koordination der nationalen Forschungspolitiken und eine intensive internationale Forschungskoooperation. Im Lissabon-Vertrag von 2009 schließ-

BuB-Serie: Wissenschaftspolitik im Wandel

Dr. Haike Meinhardt ist Professorin am Institut für Informationswissenschaft der Technischen Hochschule Köln. Zu ihren Schwerpunkten in Forschung und Lehre gehören die Themen Konzeptionen und Dienstleistungen Öffentlicher Bibliotheken, Strukturen des Wissenschafts- und Informationssystems, Bibliotheks- und Wissenschaftspolitik sowie Bibliotheksgeschichte.



lich wurde ein Koordinierungsgebot im Bereich der Forschung zwischen den europäischen Staaten rechtlich verankert und der EU-Kommission damit weitgehende Handlungskompetenzen eröffnet.⁷

Allmählich modifiziert wurde auch die Governance der Forschungspolitik durch die EU-Kommission. Diese zieht sich zunehmend aus dem operativen Geschäft zurückzieht und überantwortet die Programmverwaltung, in Teilen auch die inhaltliche Programmverantwortung, externen Agenturen⁸ oder Projektträgern in den Mitgliedstaaten und konzentriert sich stärker auf politische und strategische Fragen.

Der gesamte ERA-Prozess hat, insbesondere seit dem Lissabon-Vertrag, eine beachtliche Dynamik entfaltet und einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Die EU-Kommission nimmt für sich

weit mehr als früher in Anspruch, den Forschungsraum Europas umzugestalten und diesen Transformationsprozess maßgeblich zu führen – sich also das Handlungsfeld Forschungspolitik weitgehend anzueignen. Dabei setzt sie vor allem auf Mechanismen der Zusammenführung von Akteuren, der Koordination von Forschungsbereichen und -vorhaben, der Förderung von Exzellenz und den Ausbau gemeinschaftlicher Infrastrukturen.

Erklärtes Ziel ist die Überwindung der fragmentierten europäischen Forschungspolitik durch mehr Koordination der nationalen Forschungspolitiken und eine intensive internationale Forschungsk Kooperation.

Seit 2014 wird die EU-Forschungspolitik durch Carlos Moedas verantwortet, einen Portugiesen, der auch eigene Impulse zur Weiterentwicklung des europäischen Forschungsraumes setzt und dessen politische Agenda in Bezug auf die europäische Forschungspolitik als strategische Prioritäten die »drei Os« – »Open Science«, »Open Innovation«, »Open to the world« – hat.⁹

Wissenschaft als Entwicklungsmotor

Dass die EU ihr Augenmerk so intensiv auf die Forschungspolitik gelenkt hat, geht vor allem darauf zurück, dass Wissenschaft einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren hat. Es hat sich nahezu global die einhellige Auffassung durchgesetzt, dass Wissenschaft Motor der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung ist, dass Wohlstand und Prosperität durch wissenschaftsintensive Produkte und Dienstleistungen, durch hochqualifizierte Arbeitskräfte und eine insgesamt hohe Innovationsfähigkeit der digital getriebenen Ökonomien zu gewährleisten sind. Schließlich, dass es wissenschaftlicher Expertise bedarf, um komplexe

gesellschaftliche Problemlagen zu bearbeiten.¹⁰ Es ist mithin das Wissenschaftssystem als institutioneller Kern moderner Wissensgesellschaften, von dem sich die EU einen bedeutsamen Beitrag zur Verwirklichung ihrer politischen Ziele verspricht.

Dass die EU ihr Augenmerk so intensiv auf die Forschungspolitik gelenkt hat, geht vor allem darauf zurück, dass Wissenschaft einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren hat.

Dieser veränderte Blick auf Wissenschaft hat Konsequenzen. Wenn Wissenschaft für einzelne Länder ein so gewichtiger Faktor für das Bestehen im weltweiten globalen Wettbewerb ist, dann wird die Sicherung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit bzw. Wirksamkeit der Wissenschaftssysteme selbst zu einem wichtigen Politikfeld und Faktor im Standortwettbewerb. Und wenn Wissenschaft in der Lage ist, einen gewichtigen Beitrag für die Wohlfahrt der Länder zu leisten, dann widerspiegelt sich das in den Aufgabenzuschreibungen und Anforderungen. Im Wesentlichen sind es diese Pole, um die die aktuellen forschungspolitischen Schwerpunktsetzungen der EU, auch in »Horizon 2020«, kreisen und folgende Handlungsfelder abstecken, die im folgenden Serienteil etwas genauer skizziert werden:

- Sicherung einer steigenden Finanzierung
- Annäherung und Internationalisierung der unterschiedlichen europäischen Wissenschaftssysteme
- Eine veränderte Governance für die Wissenschaft selbst
- Eine wachsende Kooperation zwischen den Wissenschaftssektoren und zwischen Wissenschaft und Wirtschaft
- Förderung von Exzellenz
- Notwendigkeit von Open Science
- Verpflichtung auf Innovationsorientierung
- Veränderung hin zu einer partizipativen und responsiven Wissenschaft.

1 Folgender Text beruht in Teilen auf einem Beitrag in: Praxishandbuch Informationsmarketing. Konvergente Strategien, Methoden und Konzepte. Hrsg. von Frauke Schade und Ursula Georgy. De Gruyter, erscheint November 2018.

2 Die folgenden Ausführungen stellen nur einige wesentliche Aspekte der Forschungsförderung der Europäischen Union heraus. Alle rechtlichen Implikationen, das Verhältnis von nationalen und europäischer Förderpolitik et cetera kann hier nicht thematisiert werden.

3 Vgl. Flink, Tim: EU-Forschungspolitik – von der Industrieförderung zu einer pan-europäischen Wissenschaftspolitik? In: Handbuch, S. 79-97 sowie Gaul, Jens-Peter; Uwe David: Forschungsförderung in Europa – eine Erfolgsgeschichte. Entwicklung und Funktion der Forschungsrahmenprogramme der Europäischen Union. URL: <http://www.kowi.de/Portaldata/2/Resources/fp/Forschungsrahmenprogramme-Geschichte-Funktion.pdf> [alle Internetquellen wurden letztmalig am 31.8.2018 aufgerufen]

4 Gemeinsam geben sie alle zwei Jahre den OECD Science, Technology and Innovation Outlook heraus. Vgl. <https://europa.eu/>

[newsroom/events/launch-oecd-science-technology-and-innovation-sti-outlook-2016_de](https://www.oecd.org/sti/daejeon-declaration-2015.htm)

5 Vgl. hierzu: Stamm, Julia: Europas Forschungsförderung und Forschungspolitik – auf dem Weg zu neuen Horizonten? Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW), 2014 (Wissenschaftspolitik im Dialog ; 9)

6 Im 6. Rahmenprogramm (2002-2007) gingen bereits zwei Drittel an akademische Partner. Vgl. Ebd., S. 23

7 Vgl. Gaul, Jens-Peter, FN 4, S. 22

8 Bspw. ERCEA, European Research Council Executive Agency, EASME, Executive Agency for Small and Medium-sized Enterprises, REA, Research Executive Agency. Vgl. https://ec.europa.eu/info/departments_de

9 Vgl. Haerdle, Benjamin: Quereinstieg in Brüssel. www.helmholtz.de/wissenschaftspolitik/quereinstieg-in-bruessel

10 Vgl. dazu auch Creating our Common Future through Science, Technology and Innovation. Ministerial Meeting of the OECD Committee for Scientific and Technological Policy, Korea, 2015. URL: www.oecd.org/sti/daejeon-declaration-2015.htm